Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 13. Mai 2011
Ausgabe 091
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **4**
› Ateliervergabe an Künstler von Haus 49/DomagkAteliers 4
› GEWOFAG eröffnet „Wohnen im Viertel“ am Walchenseeplatz 5
› Tagung „Münchner Künstlerinnen und Künstler und der Aufstieg des Nationalsozialismus“ 6
› Joachim Lorenz spricht über Klimaschutzkonzept der Stadt 7
› Sozialreferat informiert über bürgerschaftliches Engagement 8
› Radlschau-Woche: Tag der Lasten- und Transporträder 8
› Ausstellung „25 Jahre Tschernobyl: Menschen – Orte – Solidarität“ 8
› Infoabend zur Kombination von Fördermitteln zur Energieeinsparung 9
› Tipps für die energetische Gebäudesanierung 10
› Buchpräsentation: Lou Andreas Salomé und Rilke – eine amour fou 10
› Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum 11
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche 11
Baustellen aktuell **12**
Antworten auf Stadtratsanfragen **13**
› Psychiatrie- und Suchthilfekoordination in Oberbayern und München 13
› Sprachliche Gleichstellung umfassend umsetzen 20

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **22**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Montag, 16. Mai, 11.30 Uhr, Rindermarkt
„Radeln in München – im Trend und sicher!" Unter diesem Motto eröffnet Bürgermeister Hep Monatzeder die „Münchner Radlschau-Woche" mit einem „Fahrrad-Sicherheitstag". Im Rahmen eines Presserundgangs informiert Monatzeder am Radlschau-Montag über aktuelle Aspekte der Radverkehrssicherheit in München. Bürgerinnen und Bürger können sich einen ganzen Tag lang am Infomobil des Polizeipräsidiums München und am Infostand des ADFC-Kreisverbands München Informationen zum Thema Verkehrssicherheit „aus erster Hand" abholen. Auch der Radlsicherheits-Check ist vor Ort – hier werden mitgebrachte Fahrräder kostenlos auf ihre Verkehrssicherheit hin überprüft und kleinere Mängel direkt behoben. Die AOK Bayern – Die Gesundheitskasse ist beim Fahrrad-Sicherheitstag ebenfalls mit einem Infostand zum Thema „Radeln und Gesundheit" vertreten. Dort geben Bürgermeister Monatzeder, Maximilian Georg, Firmenkundendirektor der AOK Bayern – Die Gesundheitskasse, Direktion München sowie Gerhard S. Hafenbrädl, Stadtdirektor im Referat für Gesundheit und Umwelt, den regionalen Auftakt zur bundesweiten Mitmachaktion „Mit dem Rad zur Arbeit", einer Initiative von ADFC und AOK. Weitere Infos unter *www.radlhauptstadt.de/radlschau/* sowie unter *www.mit-dem-rad-zur-arbeit.de/bayern/.*
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Montag, 16. Mai, 17 Uhr, Rathaus, Zimmer 209
Oberbürgermeister Christian Ude überreicht Professor Dr. Hans Georg Lößl die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" in Silber für seine Verdienste im Bereich der Erwachsenenbildung und sein Engagement für die Münchner Volkshochschule.

Montag, 16. Mai, 17 Uhr, Ehemalige Schalterhalle im Starnberger Flügelbahnhof im Hauptbahnhof
Bürgermeister Hep Monatzeder eröffnet die Ausstellung „25 Jahre Tschernobyl: Menschen – Orte – Solidarität". Neben Monatzeder, der die Schirmherrschaft übernommen hat, wird auch ein so genannter „Liquidator" aus Münchens Partnerstadt Kiew anwesend sein. Dieser wird über seinen Einsatz als Hubschrauberpilot während der damaligen Katastrophenschutzarbeiten berichten.

Die Ausstellung erinnert an das Unglück von 1986, stellt Schicksale der betroffenen Menschen vor, zeigt Bilder aus der verstrahlten Sperrzone und gibt einen Überblick über die europaweite Solidaritätsbewegung. Sie ist noch bis zum 29. Mai zu besichtigen und wird veranstaltet von Renovabis und der Tschernobyl Kinderhilfe München.
(Siehe auch unter Meldungen)

Dienstag, 17. Mai, 11 Uhr, Gasteig,
Raum 0.125, Erdgeschoss, Rosenheimer Straße 5
Mit ihrer diesjährigen Kampagne präsentiert die Münchner Volkshochschule (MVHS) ihre Dozentinnen und Dozenten. Wie lebendig die Kurse an der MVHS sein können und wie sympathisch die Dozentinnen und Dozenten sind, das spiegeln die Schwarz-Weiß-Aufnahmen von Alescha Birkenholz, einem Münchner Fotografen, wider, der zehn von ihnen proträtiert hat.
Dr. Susanne May, Programmdirektorin der MVHS, und Jonas Distel von der Agentur Kunst oder Reklame präsentieren die Kampagne. Alescha Birkenholz sowie die Dozentinnen und Dozenten Irina Paladi, Dr. Vanamali Gunturu, Maura Rodenberg-Ruiz, Caroline Chevillotte und Dr. Peter Deters-Itzelsberger sind anwesend.
Rund 3.000 Dozentinnen und Dozenten arbeiten freiberuflich für die MVHS. Ihre inhaltliche und didaktische Kompetenz, ihr Engagement und ihre Freude an der Sache prägen das Gesicht der Einrichtung. Sie kommen aus ganz unterschiedlichen Professionen, beruflichen Branchen und künstlerischen Sparten. Viele haben einen Migrationshintergrund. Die Dozentenschaft der MVHS ist so vielfältig wie das Programmangebot.

Mittwoch, 18. Mai, 9.15 Uhr, Besprechungsraum 200, Burgstraße 4
Plenumssitzung des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt München. Auf der Tagesordnung steht u.a. das Referat „Arbeit der Senioren-Volkshochschule München“ von Andrea Faragò, Projektleiterin.

Donnerstag, 19. Mai, 19 Uhr, Großer Sitzungssaal im Rathaus
Die Münchnerinnen und Münchner sind dazu eingeladen, darüber zu diskutieren: „Wo gelingt Integration und was ist noch zu tun?“ Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen sind Bürgermeister Hep Monatzeder, Sozialreferentin Brigitte Meier, Nükhet Kivran, Vorsitzende des Ausländerbeirates München, und Martha Doll, Leiterin der Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München. Unter dem Motto „München lebt Vielfalt“ ist dem Stadtrat im Februar dieses Jahres der 1. Münchner Integrationsbericht vorgelegt worden. In ihm werden in Daten und Fakten Er-

folge der Münchner Integrationspolitik wie auch die künftigen Herausforderungen beschrieben. Der Integrationsbericht ist im Internet zu finden unter *www.muenchen.de/interkult.*

Bürgerangelegenheiten

Freitag, 20. Mai, 14 bis 15 Uhr
Telefonische Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel) mit dem Vorsitzenden Wolfgang Püschel, Telefon 22 80 26 76.

Meldungen

Ateliervergabe an Künstler von Haus 49/DomagkAteliers
(13.5.2011) Die Landeshauptstadt München stellt kurzfristig 13 Künstlerinnen und Künstlern von Haus 49/DomagkAteliers Arbeitsräume in der Dachauer Straße zur Verfügung. Nach einem Bewerbungsverfahren und der Befassung der Jury für die städtische Atelierförderung hat gestern der Kulturausschuss des Stadtrats über die Vergabe entschieden. Annähernd die Hälfte der 30 gültigen eingegangenen Bewerbungen aus „Haus 49" um Ateliers ist also ausgewählt worden. Grundlage für die Entscheidung sind die qualitativen Kriterien, die allgemein für die Vergabe städtischer Atelierräume gelten.
Malerei, Bildhauerei, Grafik, Fotografie, Film, Tanz und weitere Kunstsparten konnten bei der Belegung der Ausweichquartiere berücksichtigt werden. Die Ausschreibung hatte sich Mitte April an die KünstlerDomagkAteliers haben. Bewerbungen mußten bis 28. April eingereicht werden, anschließend hatte das Kulturreferat ein Juryverfahren durchgeführt. Unmittelbar nach der Befassung der Jury hat der Stadtrat die Empfehlungen bestätigt und beschlossen. Sechs Künstlerinnen und sieben Künstler werden in den nächsten Tagen einen Mietvertrag für ein Atelier in der Dachauer Straße 114 (Ecke Schwere-Reiter-Straße) erhalten. Der Vertrag wird zunächst über zwei Jahre abgeschlossen.
Nach dem Bekanntwerden der Schwierigkeiten der Wagnis eG mit der Umsetzung des von ihr geplanten „Atelierhauses 49" hatten Kommunalreferat und Kulturreferat nochmals Lösungen im Rahmen der städtischen Atelierförderung gesucht. Die Stadt München hatte sich bereits 2007 sehr stark für eine Zukunftsperspektive der Künstlerkolonie auf dem Gelände

an der Domagkstraße eingesetzt, als die Eigeninitiativen der Künstlerinnen und Künstler nicht zu tragfähigen Ergebnissen gekommen waren. Mit dem Ankauf des „Hauses 50" vom Bund und nach einer Sanierung für 5,35 Millionen Euro war ein Atelierhaus mit über 100 Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler entstanden. Bei der Erstbelegung als städtisches Atelierhaus hatte das Kulturreferat mit den dortigen Künstlervertretungen vereinbart, dass diejenigen bevorzugt berücksichtigt wurden, die bereits auf dem Domagkgelände künstlerisch gearbeitet hatten. Die Auswahl war durch eine Jury vorbereitet und vom Stadtrat beschlossen worden.
Die in „Haus 49" arbeitenden Künstlerinnen und Künstler hatten sich damals weitgehend gegen ein städtisches Atelier entschieden, weil sie ein genossenschaftliches Modell auf dem Domagkgelände anstrebten, das Wohnen und Arbeiten in kreativer Weise vereint. Angedacht war der Ankauf des Grundstücks von Haus 49/DomagkAteliers von der Stadt München, sowie die Sanierung und Erweiterung des Gebäudes um einen Neubau durch die Wohnbaugenossenschaft Wagnis eG. Die jahrelangen Bemühungen um ein geeignetes Finanzierungsmodell konnten jedoch nicht zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden.
Auskünfte zur Ateliervergabe unter presse.kulturreferat@muenchen.de oder Telefon 2 33-2 60 05 durch die Pressestelle des Kulturreferats.

GEWOFAG eröffnet „Wohnen im Viertel" am Walchenseeplatz

(13.5.2011) Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG hat in ihrer Wohnanlage in der Nähe der Grünanlage am Obergiesinger Walchenseeplatz Anfang April ihr drittes Projekt „Wohnen im Viertel" fertig gestellt. Am vergangenen Donnerstag, 12. Mai, war die offizielle Eröffnungsfeier.
13 Hochparterrewohnungen in zwei gegenüberliegenden Gebäuden zwischen der Landl- und der Bayrischzeller Straße hat die GEWOFAG vom Innenhof her mit Zugangsrampen erschlossen und schwellenfrei ausgebaut. Zudem hat die GEWOFAG dort einen Nachbarschaftstreff mit Terrasse in barrierefreier Bauweise eingerichtet. Nach „Wohnen im Viertel" in Berg am Laim und Harlaching eröffnet die GEWOFAG nun das dritte Projekt dieser Art, das selbständiges Leben in der eigenen Wohnung mit der Sicherheit ambulanter Pflege vor Ort verbindet – rund um die Uhr. „Viele unserer Mieter sind über 60 Jahre alt und machen sich Gedanken darüber, wie sie wohnen und leben können, wenn sie einmal auf Hilfe angewiesen sind. ‚Wohnen im Viertel' ist ein zukunftsweisendes Konzept, das uns wichtig ist und das wir in den kommenden Jahren auf alle großen Siedlungen der GEWOFAG ausdehnen werden", sagt Gordona Sommer, Geschäftsführerin der GEWOFAG. Der Nachbarschaftstreff mit eigener Küche steht allen Bewohnerinnen und Bewohnern der Siedlung rund um den Walchenseeplatz

als Kontaktzentrum offen. Die hauptamtliche Leitung finanziert das Sozialreferat der Landeshauptstadt München. Angelika Simeth, Vertreterin der Sozialreferentin: „Der Nachbarschaftstreff ist ein wichtiger Bestandteil des Konzepts von ‚Wohnen im Viertel' – ein Ort, an dem Menschen sich begegnen, austauschen, gemeinsame Interessen leben und zusammen essen können. Mit Unterstützung der hauptamtlichen Leitung soll bürgerschaftliches Engagement und nachbarschaftliche Hilfe aktiviert und nachhaltig gesichert werden." Mit der Sozialstation Berg am Laim und Trudering gGmbH konnte die GEWOFAG einen erfahrenen und kompetenten Kooperationspartner für die ambulante Pflege am Walchenseeplatz gewinnen, der auch als Träger des Nachbarschaftstreffs fungiert. Das Sozialreferat fördert den Pflegedienst mit einer einmaligen Anschubfinanzierung.

Bewerbungen ab sofort möglich

Drei der 13 umgebauten Projektwohnungen sind bereits vergeben. Für die übrigen zehn Mietwohnungen können sich pflegebedürftige Menschen sowie Menschen mit Behinderung bewerben, die die Leistungen des ambulanten Dienstes in Anspruch nehmen wollen. Die Zwei-Zimmerwohnungen sind jeweils zwischen 50 und 60 Quadratmeter groß. Darüber hinaus gibt es eine Pflegewohnung auf Zeit, in der man sich zum Beispiel nach einem Unfall oder einem Krankenhausaufenthalt pflegen lassen kann. Kontakt: Sozialstation Berg am Laim und Trudering gGmbH, Brita Maier-Broszeit, Telefon 69 38 88 82, E-Mail: b.maier-broszeit@s-balt.de

Achtung Redaktionen: Ein Foto der Eröffnungsfeier ist abrufbar unter *www.muenchen.de/soz/presse*

Tagung „Münchner Künstlerinnen und Künstler und der Aufstieg des Nationalsozialismus"

(13.5.2011) Das NS-Dokumentationszentrum München befasst sich am Dienstag, 17. Mai, im Rahmen einer ganztägigen Tagung mit dem Leben und Werk Münchner Künstlerinnen und Künstler während der Frühzeit des Nationalsozialismus. Die Tagung findet von 10 bis 16.30 Uhr im Lesesaal der Monacensia, Maria-Theresia-Straße 23, statt.

Von 1933 an bestimmten die Nazis, wer „artfremd" ist, „zersetzend" wirkt und wer aus dem „Sumpf" der Weimarer Republik kommt. Von nun an wurde zur Rettung der deutschen Kultur und „deutschen Seele" ausgemerzt, vertrieben und verbrannt. Die Folge war für viele Münchner Künstlerinnen und Künstler der Verlust ihrer Freiheit. Berufsverbote zwangen sie zu persönlicher und künstlerischer Selbstverleugnung. Viele von ihnen flohen aus Deutschland oder sie gingen in die innere Emigration, viele wurden später ermordet. Einigen aber brachte die neue nationalsozialistische Kulturpolitik auch Beförderung und führt sie in hohe Ämter.

Die Referentinnen und Referenten der Tagung stellen die Lebenswege von Schriftstellern wie Oskar Maria Graf, Thomas und Klaus Mann oder Hans Zöberlein vor und betrachten ihr künstlerisches Wirken vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse der damaligen Zeit. Auch die Münchner Theaterszene und das Werk von Carl Orff unter dem Einfluss des „Dritten Reichs" werden beleuchtet. Eine Begrüßung und Einführung in das Thema geben die Gründungsdirektorin des NS-Dokumentationszentrums München, Dr. Irmtrud Wojak, und die Leiterin der Monacensia, Dr. Elisabeth Tworek. Es referieren die Literaturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler Professor Dr. Waldemar Fromm, Dr. Ulrich Dittmann, Dr. Hiltrud Häntzschel, Julia Hagmeyer und Dr. Dirk Heißerer, der Historiker Volker Bendig sowie die Geisteswissenschaftler Dr. Sonja Neumann und Dr. Florian Mayr.
Die Tagung wurde in Zusammenarbeit mit dem am NS-Dokumentationszentrum München bestehenden wissenschaftlichen Arbeitskreis „Literatur, Philosophie und Kunst" konzipiert und in Kooperation mit der Monacensia realisiert. Das detaillierte Tagungsprogramm ist unter *www.ns-dokumentationszentrum-muenchen.de/veranstaltungen* ersichtlich. Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Kontakt für Rückfragen: Dr. Anne-Barb Hertkorn, NS-Dokumentationszentrum München, Telefon 2 33-2 44 33, anne-barb.hertkorn@muenchen.de.

Joachim Lorenz spricht über Klimaschutzkonzept der Stadt

(13.5.2011) Beim Klimawandel spielt der teils rücksichtslose Umgang mit der Natur eine wesentliche Rolle. Die CO_2-Emissionen steigen weltweit und verändern das Klima. Klare Ziele im Sinne des Klimaschutzes hat sich die Landeshauptstadt München gesteckt: Alle fünf Jahre sollen die CO_2-Emissionen um zehn Prozent reduziert werden, bis spätestens 2030 um 50 Prozent auf Basis des Jahres 1990. Wie sich die Landeshauptstadt München konkret für den Klimaschutz engagiert, wird Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, am Dienstag, 17. Mai, erläutern. Sein Vortrag „Mit gutem Beispiel voran: Klimaschutzkonzept der Stadt München" beginnt um 18.30 Uhr in der Münchner Filiale der LIGA Bank eG (Luisenstraße 18, U-Bahnlinie 2, Königsplatz). Der Vortrag ist eingebettet in die Reihe „Wirtschaft und Ethik", die von der LIGA Bank München und dem Münchner Bildungswerk organisiert wird. Im Mai widmet sich die Reihe mit insgesamt drei Vorträgen dem Thema Klimawandel. Begleitend ist die Ausstellung „Klima schützen kann jeder" der Verbraucherzentrale Bayern zu sehen. Sie kann in den Filialräumen noch bis zum Freitag, 27. Mai, während der Geschäftszeiten besichtigt werden. Die Veranstaltung mit Joachim Lorenz endet um 20.30 Uhr, der Eintritt ist kostenlos.

Sozialreferat informiert über bürgerschaftliches Engagement
(13.5.2011) Unter dem Motto „Sozial engagiert in München“ sind alle Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren (wollen), herzlich eingeladen, sich am kommenden Mittwoch, 18. Mai, über die Vielfalt an Möglichkeiten, Gutes zu tun, und sich für andere einzusetzen, zu informieren. Im Foyer des Sozialreferates, Orleansplatz 11, 1. Stock, stellen sich von 14 bis 18 Uhr die Münchner Freiwilligenagenturen/-zentren, die Ehrenamtsbeauftragten der Sozialbürgerhäuser, die Stelle für Bürgerschaftliches Engagement sowie zahlreiche Gruppen und Initiativen aus dem Bereich der Selbsthilfe vor. Angelika Simeth, die Vertreterin der Sozialreferentin, spricht Grußworte. Neben kompetenter Beratung gibt es viel Wissenswertes über interessante Engagementbereiche sowie Filmvorführungen, informative Vorträge und ein kulturelles Rahmenprogramm. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Nähere Informationen unter Telefon 2 33-4 84 54 oder *www.muenchen.de/engagement*

Radlschau-Woche: Tag der Lasten- und Transporträder
(13.5.2011) Am zweiten Tag der Radlschau-Woche dreht sich alles um Lasten- und Transporträder. Am Dienstag, 17. Mai, wird in der Zeit von 14 bis 20 Uhr auf dem Rindermarkt unter Beweis gestellt, dass ein Fahrrad viel mehr kann, als nur Personen transportieren. Dabei können auch verschiedene Modelle von Transport- und Lastenrädern ausprobiert werden. Um 18 Uhr treten Münchner Geschäfte und Unternehmen, wie zum Beispiel die Deutsche Post, Manufactum oder Joeys Pizza gegeneinander an und zeigen auf einem Geschicklichkeitsparcours, wie gewandt sie auf ihren Lastenrädern rangieren können. Auch der Sicherheitscheck ist vor Ort. Mehr Infos zu den einzelnen Aktionstagen der Radlhauptstadt bzw. Bildmaterial für Vorabberichte sind unter *www.radlhauptstadt.muenchen.de/radlschau* und *www.radlhauptstadt.muenchen.de/presse/bilder* erhältlich.

Ausstellung „25 Jahre Tschernobyl: Menschen – Orte – Solidarität“
(13.5.2011) Vom 14. bis 29. Mai ist in der ehemaligen Schalterhalle im Starnberger Flügelbahnhof des Hauptbahnhofs die Ausstellung „25 Jahre Tschernobyl: Menschen – Orte – Solidarität“ zu besichtigen. Sie wird veranstaltet von Renovabis und der Tschernobyl Kinderhilfe München e.V. Bürgermeister Hep Monatzeder hat die Schirmherrschaft übernommen und wird die Ausstellung am 16. Mai offiziell eröffnen. Während der feierlichen Vernissage wird auch ein so genannter „Liquidator“ aus Münchens Partnerstadt Kiew anwesend sein. Dieser wird über seinen Einsatz als Hubschrauberpilot während der damaligen Katastrophenschutzarbeiten berichten.

Die Ausstellung erinnert an das Unglück von 1986, stellt Schicksale der betroffenen Menschen vor, zeigt Bilder aus der verstrahlten Sperrzone und gibt einen Überblick über die europaweite Solidaritätsbewegung. Sie möchte außerdem zum Nachdenken über die Energieversorgung anregen und an die Folgen eines atomaren GAU erinnern. In den am stärksten betroffenen Ländern Weißrussland, der Ukraine und Russland leben bis heute rund fünf Millionen Menschen in radioaktiv verseuchten Gebieten. Gesundheitliche Spätfolgen sind nach wie vor für viele Betroffene ein großes Problem – unter anderem auch in Münchens Partnerstadt Kiew, die nur 120 Kilometer südlich des Unglücksreaktors liegt.

Infoabend zur Kombination von Fördermitteln zur Energieeinsparung
(13.5.2011) Die Förderstandards der KfW-Bankengruppe sind bei den Einzelhäusern umfangreichen Änderungen unterzogen worden, die seit 1. Juli 2010 gültig sind. Architektin und Energieberaterin Gesa Lenhardt erläutert am Dienstag, 17. Mai, im Bauzentrum München die Förderstufe „KfW-Effzienzhaus 55“ und wird auch auf die technischen Anforderungen des „Münchner Qualitätsstandards 3.0“ eingehen. Letzterer muss für Anträge zum Münchner „Förderprogramm Energieeinsparung“ eingehalten werden. Der Infoabend, bei dem letztlich die optimale Kombination von Fördermitteln zur Energieeinsparung im Mittelpunkt steht, beginnt um 18 Uhr. Der Eintritt ist frei.
Die neuen KfW-Förderstandards für Energieeffizienz gelten bei der Sanierung jetzt für die KfW-Effizienzhäuser 70 und 55 sowie bei Neubauten für die KfW-Effizienzhäuser 55 und 40. Die jeweilige Prozentzahl gibt an, wie hoch der Jahresprimär-Energiebedarf im Verhältnis zu einem vergleichbaren Neubau sein darf. Gemessen wird dies an den Vorgaben der Energiesparverordnung (EnEv) 2009. Je kleiner die Zahl, desto niedriger und besser ist das Energieniveau des Gebäudes. Durch die Kombination von Fördermitteln bei der energetischen Sanierung entstehen für Bauherren sowie Investitionsträgerinnen und -träger finanzielle Vorteile. Nach ihrem Vortrag steht Lenhardt Besucherinnen und Besuchern Rede und Antwort.
Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort dem ausgeschilderten Fußweg folgen; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort in Bus 190 umsteigen und bis Messestadt West fahren; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de; Telefon 54 63 66 0.

Tipps für die energetische Gebäudesanierung
(13.5.2011) Über zukunftsweisende Konzepte für eine nachhaltige Gebäudesanierung informiert Bauingenieur Michael Eckert am Mittwoch, 18. Mai, im Ökologischen Bildungszentrum München (ÖBZ, Englschalkinger Straße 166). Der Vortrag mit dem Titel „Zeigen Sie Mut: Mit einem Sanierungskonzept für Ihr Gebäude" beginnt um 19 Uhr. Eckert wird erklären, wie Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer die ener-getische Gebäudesanierung erfolgreich umsetzen und wie sie Fehler vermeiden können. Zudem spricht er geeignete Förderungsmöglichkeiten und Finanzierungen an. Der Eintritt ist frei.
Das Ökologische Bildungszentrum (ÖBZ) der Münchner Volkshochschule bietet in Kooperation mit dem Bauzentrum München eine Vortragsreihe mit dem Themenschwerpunkt „Energieeffizienz und natürliche Baustoffe" an. Die Dozentinnen und Dozenten sind Baufachleute und Mitglieder des ehrenamtlichen Beraterteams im Bauzentrum München. Das ÖBZ liegt im Münchner Osten in der Nähe des Arabellaparks. Die Englschalkinger Straße zweigt am Verkehrsknotenpunkt Effnerplatz vom Mittleren Ring ab. Neben Hausnummer 164 führt ein Fuß- und Radweg zum ÖBZ. Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ist das ÖBZ mit der U-Bahnlinie 4 (Haltestelle „Arabellapark") und dann weiter mit den Buslinien 59/154/159/184/186/189 (Haltestelle „Cosimapark"), oder zu Fuß entlang der Englschalkinger Straße (rund zehn Minuten) zu erreichen. Parkmöglichkeiten bestehen entlang der Englschalkinger Straße. Eine Zufahrt bis zum Haus ist nur für Behinderte möglich (Behindertenstellplatz am Haus).

Buchpräsentation: Lou Andreas Salomé und Rilke – eine amour fou
(13.5.2011) Im Begleitprogramm der Ausstellung „Literarische Sommerfrische. Schriftsteller und Künstler entdecken das Alpenvorland" liest die Münchner Autorin Gunna Wendt am Mittwoch, 18. Mai, um 19 Uhr im städtischen Literaturarchiv Monacensia, Maria-Theresia-Straße 23, aus ihrem Buch „Lou Andreas Salomé und Rilke – eine amour fou".
„War ich jahrelang Deine Frau, so deshalb, weil Du mir das erstmalig Wirkliche gewesen bist", schrieb die Schriftstellerin und Psychoanalytikerin Lou Andreas-Salomé an Rainer Maria Rilke, den sie im Mai 1897 bei Jakob Wassermann in München kennen gelernt hatte. Im selben Jahr verbrachten sie einige gemeinsame Sommermonate im Isartal, wo die beiden ihre junge, stürmische Liebe genossen. „Er und ich begaben uns auf die Suche nach etwas Gebirgsnahem draußen; wechselten, hinausziehend, in Wolfratshausen auch noch mal unser Häuschen", heißt es in ihrem „Lebensrückblick". In der dortigen „Villa Loufried", entstand Rilkes wohl berühmtestes Liebesgedicht.

Veranstalter sind die Monacensia und der Insel Verlag, Berlin. Der Eintritt ist frei.
Die Ausstellung „Literarische Sommerfrische“ ist noch bis zum 15. Oktober in der Monacensia zu besichtigen ist. Die Öffnungszeiten sind Montag bis Mittwoch, Freitag von 10.30 bis 18.00 Uhr, Donnerstag von 10.30 Uhr bis 19.00 Uhr. Der Eintritt ist frei. Informationen unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/monacensia.*

Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum

(13.5.2011) Im Turmstüberl des Valentin-Karlstadt-Musäums, Tal 50, findet am Montag, 16. Mai, von 16.30 Uhr bis 17.30 Uhr das monatliche offene Singen im so genannten Volkssänger-Stüberl des Valentin-Karlstadt-Musäums statt. Unter Leitung von Wolfgang A. Mayer werden bekannte und unbekannte Münchner Volkssängerlieder, Jodler und jahreszeitlich passende Lieder gesungen. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos, der Eintritt für das Musäum beträgt 2,99 Euro. Das Valentin-Karlstadt-Musäum kann bis 17.29 Uhr besichtigt werden und wird nach Ende der Singstunde geschlossen. Im Turmstüberl bewirtet Petra Perle.
Nähere Informationen sind auch unter *www.muenchen.de/volkskultur/* oder unter *www.valentin-musaeum.de/* ersichtlich. Das monatliche Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum wird veranstaltet vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit dem Valentin-Karlstadt-Musäum und Petra Perle vom Turmstüberl.

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche

Dienstag, 17. Mai

9.30 Uhr	Kreisverwaltungsausschuss – Großer Sitzungssaal
14.30 Uhr	Finanzausschuss – Kleiner Sitzungssaal

Mittwoch, 18. Mai

9.00 Uhr	Vollversammlung – Großer Sitzungssaal

Donnerstag, 19. Mai

9.30 Uhr	Sozialausschuss – Großer Sitzungssaal

Landeshauptstadt
München
Baureferat

Baustellen aktuell

Freitag, 13. Mai 2011

Max-Joseph-Brücke (Lehel - Bogenhausen)
Montgelasstraße und Tivolistraße
Die Stadtwerke führen zwischen Mauerkircherstraße und Theodorparkstraße Straßenunterhaltsarbeiten im Gleisbereich durch. Die Arbeiten sind zeitlich in zwei Bauabschnitte geteilt.
Von 16. Mai bis 13. Juni 2011
wird in der Montgelasstraße und auf der Max-Joseph-Brücke gearbeitet. In dieser Zeit ist zwischen Mauerkircherstraße und Tivolistraße eine Einbahnregelung in Richtung stadteinwärts eingerichtet.
Von 14. bis 24. Juni 2011 (Pfingstferien)
wird in der Tivolistraße zwischen Ifflandstraße und Theodorparkstraße gearbeitet. Während dieser Arbeiten ist die Tivolistraße in diesem Abschnitt für den Verkehr gesperrt.

Ismaninger Straße / Wehrlestraße (Bogenhausen)
Die Stadtwerke verlegen neue Fernwärmeleitungen.
Von 16. Mai bis 24. Juni 2011
werden die Trambahngleise in der Ismaninger Straße auf Höhe der Wehrlestraße unterquert und die Leitungen in der Ismaninger Straße bis zur Händelstraße verlegt. Im Zuge der Ismaninger Straße ist zwischen Laplacestraße und Wehrlestraße eine Wechselverkehrsregelung mit Baustellenampel eingerichtet.
Die Wehrlestraße ist zwischen Ismaninger Straße und Scheinerstraße für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Informationen zu laufenden Baumaßnahmen mit Verkehrseinschränkungen finden Sie im Internet unter http://www.muenchen.de/baustellen

Herausgeberin: Landeshauptstadt München, Baureferat TZ / K, Baustellenkoordinierung
Telefon: (089) 2 33-6 00 50, Telefax: (089) 2 33-6 00 55, E-Mail: baustellen.bau@muenchen.de

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 12. Mai 2011

Psychiatrie- und Suchthilfekoordination in Oberbayern und München
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Monika Renner, Klaus-Peter Rupp und Beatrix Zurek (SPD) vom 17.3.2011

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

In der Anfrage bitten Sie um eine Darstellung der jeweiligen Aufgaben und Leistungen der Psychiatrie- und Suchthilfekoordinationen des Bezirks Oberbayern sowie der Landeshauptstadt München.
Aufgrund der Zuständigkeit des Bezirks Oberbayern für einen Teil der Fragen haben wir die Leitung der Sozialverwaltung des Bezirks Oberbayern um die Beantwortung der sie betreffenden Fragen gebeten. Die Antworten sind im Folgenden eingearbeitet.

Frage 1:
Welche Leistungen bringt der Bezirk Oberbayern im Rahmen der Psychiatrie – und Suchthilfekoordination innerhalb der Sozialplanung, finanziell, organisatorisch, konzeptionell und innerhalb von Gremienarbeit?

Antwort:

- **Leistungen innerhalb der Sozialplanung**
  Antwort des Bezirks Oberbayern:
  „Im Rahmen der Aufgaben des Bezirks Oberbayern und seiner Gesamtsozialplanung trägt die Psychiatrie- und Suchthilfekoordination des Bezirks Oberbayern dazu bei, dass die erforderlichen stationären, teilstationären und ambulanten Leistungsangebote regional zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Steuerung der Weiterentwicklung der Versorgungsangebote für Psychiatrie und Suchthilfe übernimmt die Psychiatrie- und Suchthilfekoordination die fachliche Abstimmung und operative Planung der gemeindenahen Versorgung, die Koordination der regionalen Bedarfsermittlung im Hinblick auf die Gesamtversorgung und die Initiierung von notwendigen Veränderungen hinsichtlich Struktur-, Prozess-, Ergebnis- und Vernetzungsqualität der Versorgungsstrukturen.
  An dieser Stelle sei auch auf den im November 2010 vorgelegten und veröffentlichten Sozialbericht des Bezirks Oberbayern verwiesen.

(Erster Sozialbericht des Bezirks Oberbayern im Rahmen seiner Gesamtsozialplanung, Kapitel A.4. ab S.34, insbes. Seite 36 - 38; nachzusehen bei: *http://www.bezirk-oberbayern.de* unter ‚Soziale Hilfen' ‚Strategische Sozialplanung', ‚Sozialbericht')".

- **organisatorische und finanzielle Leistungen**
  Die Psychiatrie- und Suchthilfekoordination ist organisatorisch ein Arbeitsgebiet innerhalb der Sozialverwaltung des Bezirks Oberbayern. Unter der Leitung einer Koordinatorin für Psychiatrie und Suchthilfe sind pro Planungsregion zwei Regionalbeauftragte (Vollzeitstellen) im Einsatz, wobei die Landeshauptstadt München aufgrund ihrer Größe als eigene Region gewertet wird, auch wenn sie nach dem Landesentwicklungsplan nicht als solche ausgewiesen ist. Die Regionalbeauftragten sind jeweils für die psychiatrische Versorgung bzw. für die Suchthilfe zuständig.
  Wesentliche Aufgabe der Koordination ist die Steuerung der Versorgungsstrukturen, die durch den Bezirk Oberbayern bereit gestellt werden. Gemeinsam mit dem Fachdienst werden zum einen einrichtungsbezogene Aufgaben wahrgenommen wie etwa Leistungsvereinbarungen und die Prüfung von Einrichtungen, zum anderen einzelfallbezogene Leistungen wie die fachliche Prüfung des Bedarfs oder der erbrachten Leistung im Einzelfall. Naturgemäß erbringt auch die Stabsstelle Sozialplanung Leistungen, die der Koordination dienen, etwa in der Sozialplanung oder der Sozialberichtserstattung. Aufgrund des oft komplexen Hilfebedarfs von Menschen mit seelischen Behinderungen und zur Überwindung von Schnittstellen in der Versorgung erfolgt auch eine enge Zusammenarbeit mit der Behindertenkoordination und den Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Wohnungslosenhilfe).
  Aufgrund dieser verschränkten Strukturen innerhalb der Bezirksverwaltung ist eine genaue Auskunft darüber, in welchem finanziellen Umfang eine Koordinationsleistung für psychisch kranke und suchtkranke Bürgerinnen und Bürger Münchens erbracht wird, leider nicht möglich.

- **konzeptionelle Leistungen und Leistungen innerhalb von Gremienarbeit:**
  Antwort des Bezirks Oberbayern:
  „Mit dem Aufgabenspektrum ist die Psychiatrie- und Suchthilfekoordination nicht nur ein fester Bestandteil der Gesamtsozialplanung (s. b. auch dazu: Erster Sozialbericht d. Bez. Obb.) des Bezirks Oberbayern, sondern auch wesentlich eingebunden in zahlreiche regionale, überre-

gionale und themenspezifische Gremien und Prozesse. Konkret in der LH München handelt es sich um die Mitwirkung an der Stadt-PSAG und dem Sucht-AK als Formation des Gesundheitsbeirates der LHM, sowie an diversen themenspezifische Arbeitskreisen."

Frage 2:
Was leistet die Stadt München im Rahmen der freiwilligen Aufgabe der Psychiatrie – und Suchthilfekoordination innerhalb der Sozialplanung, finanziell, organisatorisch, konzeptionell und innerhalb von Gremienarbeit?

Antwort:

- **innerhalb der Sozialplanung**
  Sozialplanung ist kein vorrangiges Aufgabenfeld der Koordination für Psychiatrie und Suchthilfe der Landeshauptstadt München, zumal der planerische Auftrag für Angebote an psychisch kranke und suchtkranke Menschen wesentlich beim überörtlichen Sozialhilfeträger Bezirk Oberbayern sowie bei den Trägern weiterer Versorgungssysteme liegt.
  Über die zentralen Gremien Arbeitskreis Sucht und Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft München-Stadt beteiligt sich die Koordination der LH München an der Sozialplanung sowie Sozial- und Gesundheitsberichtserstattung des Bezirks Oberbayern. In den Gremien werden Zielgruppen sowie Angebotsformen unter aktuellen Fragestellungen bearbeitet und der Bedarf für neue Angebote festgestellt. In den regionalen Steuerungsverbünden, die aufgrund der „Grundsätze zur Versorgung psychisch Kranker in Bayern" aktuell aufgebaut werden, ist diese Aufgabe für die Regionen noch präzisiert.
  Neben dem Sozialraumbezug spielt auch der Bezug zu örtlichen Unterstützungssystemen wie etwa dem bürgerschaftlichem Engagement eine wichtige Rolle für die Qualität der Angebote. Hier bringt die Koordination der LH München ihr Wissen um städtische Strukturen und Hilfen in die Planung ein.

- **organisatorisch und finanziell**
  Die Koordination für Psychiatrie und Suchthilfe ist ein Sachgebiet innerhalb der Abteilung Gesundheitliche Versorgung und Prävention des Referates für Gesundheit und Umwelt. Das Sachgebiet umfasst die koordinierende Aufgabe und die Förderung von Einrichtungen und Projekten der ambulanten Psychiatrie und Suchthilfe in München. Die koordinierende Aufgabe ist mit Personal im Umfang von 2 Stellen ausgestattet, für die Sachbearbeitung in der Förderung von Einrichtungen und Projekten sind 1,8 Stellen eingesetzt.

- **konzeptionell**
  Die konzeptionelle Arbeit der Koordination für Psychiatrie und Suchthilfe der LH München kann durch Anträge des Stadtrates, Stadtrats- oder Referatsziele, Bedarfe aus den Versorgungssystemen oder Initiativen aus anderen Referaten der Stadtverwaltung initiiert sein. Beispielhaft sind hier Konzepte wie die Münchner Hilfenetzwerke für Kinder und ihre sucht-kranken Eltern oder die Leitlinien zur Suchtpolitik und zur Sozialpsychiatrie der LH München zu nennen, ebenso Projekte zur interkulturellen Öffnung von psychiatrischen Einrichtungen, zur Vernetzung von Beratungsstellen der Psychiatrie und der Suchthilfe für eine qualifizierte Versorgung von Menschen mit Comorbidität und die Mitwirkung am Projekt zur Förderung von Gender Mainstreaming in Einrichtungen der Psychiatrie und Suchthilfe in München.
  Anfragen vor Bürger/-innen und Bezirksausschüssen werfen oft Probleme oder Fragestellungen auf, die das direkte Zusammenleben zwischen suchtkranken, psychisch kranken Bürger/-innen und Anwohner/-innen und Gewerbetreibenden betreffen, wofür ganz spezifische Lösungen entwickelt werden müssen.
  Darüber hinaus wirkt die Koordination an Konzepten mit, die in der Stadtverwaltung, beim Bezirk Oberbayern oder in anderen Zusammenhängen erstellt werden, wenn sie auch die Belange von Münchner Bürgerinnen und Bürgern mit einer psychischen Erkrankung oder Suchterkrankung oder ihre Angehörigen betreffen.

- **innerhalb von Gremienarbeit**
  Die Koordination für Psychiatrie und Suchthilfe hat den Vorsitz für die beiden zentralen Gremien der Versorgungssysteme, die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft der Stadt München und den AK Sucht, die jeweils die weiteren Facharbeitskreise integrieren. Sie hat die Geschäftsführung für diese Gremien, für die vier psychosozialen Arbeitsgemeinschaften in den städtischen Sektoren sowie die Leitung von zwei weiteren Suchtarbeitskreisen. Sie ist Mitglied in diversen Gremien oder Steuerungsgruppen der Stadtverwaltung wie etwa im Behindertenbeirat oder im Sicherheits- und Aktionsbündnis der Münchner Institutionen, sowie auf überregionaler Ebene wie dem Bezirk Oberbayern oder der Landesregierung. Die Teilnahme geschieht mit dem Auftrag, die Interessen und Bedarfe von psychisch kranken und suchtkranken Münchner Bürgerinnen und Bürgern zu vertreten und Prozesse der Planung und Hilfeerbringung zu vernetzen, um Parallelstrukturen zu verhindern.

Frage 3:
Bestehen Doppelstrukturen bzw. welches Potential zur Optimierung gibt es möglicherweise?

Antwort:
Antwort des Bezirks Oberbayern:
„Grundsätzlich sehen wir durch die Psychiatrie- und Suchthilfekoordination in den Kommunen (LHM und auch in anderen Städten) keine doppelten, sondern sich ergänzende Strukturen v. a. auch vor dem Hintergrund der Abstimmungsfragen und Koordinationsbedarfe an den Schnittstellen unterschiedlicher (kommunaler) Zuständigkeiten im Themenfeld von psychischer Erkrankung und Sucht (Stichworte u. a.: Prävention, Kinder- u. Jugendhilfe, Senioren, Gesundheit, Arbeit, Teilhabe und Inklusion vor Ort). Im Rahmen der Einführung von regionalen Steuerungsverbünden und einer weiteren personenzentrierten Orientierung der Hilfen, dem Vorrang von Versorgungsangeboten mit leicht erreichbarem Zugang und einer gemeindenahen Verfügbarkeit der Hilfen für psychisch kranke und suchtkranke Menschen ist auch weiterhin ein Koordinationsbedarf auf kommunaler Ebene zu erwarten."

Bezirksverwaltung wie Stadtverwaltung – und damit ihre Koordinationsbereiche – haben sich ergänzende Aufgaben im gemeinsamen Feld der Unterstützung und Eingliederung suchtkranker und psychisch kranker Menschen in München. In die generelle Planung der Angebotsstrukturen und der konkreten Hilfen durch den Bezirk Oberbayern bringt die Koordination der LH München die spezifischen Bedarfe und Strukturen der Stadtgesellschaft ein, die sich nicht selten stark von denen ländlicher Regionen unterscheiden. Das Wissen der Stadtverwaltung um die besondere Situation und eigenen Bedarfe einer Großstadt, die mit ihrer Einwohnerzahl einem bayerischen Bezirk gleichzustellen ist, kann so bei der Planung der Angebote wie bei der konzeptionellen Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen eingebracht werden.
Darüber hinaus haben Bezirksverwaltung wie Stadtverwaltung originäre Aufgaben. Originäre Aufgabe des Bezirks Oberbayern ist beispielhaft die Vereinbarung von Leistungen und Entgelten mit den Trägern der Wohlfahrtspflege, dies auch im Zusammenwirken mit dem Verband der bayerischen Bezirke. Die Koordination der LH München ist u.a. Ansprechpartnerin für Bürgeranfragen, für Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum und die Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden im Rahmen des Sicherheits- und Aktionsbündnisses Münchner Institutionen (S.A.M.I.) sowie für die Zusammenarbeit mit den städtischen Referaten.

Frage 4:
Wie groß ist der Etat des Bezirks Oberbayern die Psychiatrie- und Suchthilfekoordination betreffend, wie hoch ist die Umlageleistung der Stadt München für diese Pflichtaufgaben?

Antwort:
Antwort des Bezirks Oberbayern:
„Hier sind der Aufwand nicht nur für die o. g. zwei Regionalbeauftragten für die bezirkliche Koordination in der LH München anzusetzen, sondern auch der Einsatz von Fachkräften für die Ermittlung der Hilfebedarfe im Einzelfall und der sich daraus ergebende koordinatorische Aufwand für die Weiterentwicklung des Versorgungs- und Hilfesystems auf der Basis der über die vielen Einzelfälle gewonnenen Informationen.
Dazu kommt der Personal- und Sachaufwand für Arbeitsgruppen, Fachveranstaltungen im Bereich Psychiatrie- und Suchthilfekoordination auf oberbayerischer Ebene, die auch für die LH München relevant sind und an denen demzufolge auch Münchener Akteure teilnehmen."

Eine Aufschlüsselung der Umlageleistung dahingehend, dass der Anteil der Stadt München an den Kosten für die Koordination für Psychiatrie und Suchthilfe benannt werden könnte, existiert nicht und kann in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht erstellt werden.

Frage 5:
In welchen Kommunen Oberbayerns gibt es eigenständige Psychiatriekoordinatoren und Suchthilfekoordinatoren? (Auch innerhalb einer Stelle?)

Antwort:
Ingolstadt als zweitgrößte Stadt Oberbayerns hat keine eigenständigen Koordinationen, aber Mitarbeiter/-innen des Gesundheitsamtes und der weiteren Stadtverwaltung nehmen vielfältige Leitungsaufgaben für die psychiatrische Versorgung und Suchthilfe im Regionalen Steuerungsverbund Ingolstadt wahr. Nürnberg als bayerische Großstadt mit etwa 500.000 Einwohnern hat bereits sowohl eine Suchthilfe- als auch eine Psychiatriekoordination im Gesundheitsamt. Großstädte außerhalb Bayerns haben in aller Regel Koordinationen, diese sind unterschiedlich verortet und strukturiert.

Großstädte haben traditionell andere Sozialstrukturen als ländliche Regionen. Sie bilden größere und spezialisiertere Versorgungssysteme aus und stellen damit auch einen Knotenpunkt für eine größere Region dar. Inner-

halb dieser Versorgungssysteme ist eine Vielfalt von Trägern aktiv, die sehr unterschiedliche Angebote ausbilden. Diese Vielfalt ist ein Gewinn für eine große Stadt, aber sie ist nicht leicht zu überschauen und ein Zusammenwirken der Beteiligten stellt sich nicht von selbst her, wie dies in gering besiedelten Regionen mit wenigen Trägern und Angeboten der Fall ist. Eine Koordination stellt die notwendigen Bezüge her, sorgt für die Vernetzung insbesondere auch an den Schnittstellen zu anderen Systemen (wie etwa der Jugendhilfe, der Wohnungslosenhilfe, der Arbeitsvermittlung u.a.), hält den Kontakt zu Teilregionen und Stadtbezirken und bewirkt so, dass die Interessen und Bedürfnisse ihrer Klientel auch in den Bereichen der Stadtgesellschaft berücksichtigt werden, die nicht originär auf Hilfen für psychisch kranke und suchtkranke Menschen ausgerichtet sind.

Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat den Auftrag für eine Koordination für Psychiatrie und Suchthilfe gegeben, um sich an der Ausgestaltung der Behandlung und Eingliederung ihrer suchtkranken und psychisch kranken Bürgerinnen und Bürger sowie deren Angehörigen aktiv zu beteiligen. Dies ausschließlich als eine Aufgabe des überörtlichen Sozialhilfeträgers anzusehen, der vorrangig die Ausgestaltung der konkreten Hilfen und der Gesamtversorgung in Verbindung mit den weiteren Leistungsträgern verantwortet, würde viele Probleme, aber auch Chancen einer Stadtgesellschaft unberücksichtigt lassen. Ein respektvolles Zusammenwirken beider Bereiche und die Einbeziehung aller weiteren Akteure wird der umfangreichen Aufgabenstellung am ehesten gerecht.

Sprachliche Gleichstellung umfassend umsetzen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen) vom 8.3.2011

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrags betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist. Die in Ihrem Antrag geforderte sprachliche Gleichstellung von Frauen und Männern in städtischen Texten oder Formularen ist eine Maßnahme, die durch mich geregelt werden kann.

Das Wissen um die Bedeutung der Sprache zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit ist Grundlage städtischen Handelns. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen und verwaltenden Maßnahmen der Stadt gefördert werden. In der Verwaltungssprache sollen daher zur Anrede und Bezeichnung von Frauen und Männern im Hinblick auf die gesellschaftlichen Gewohnheiten und das Persönlichkeitsrecht geschlechtsbezogene Bezeichnungen verwendet werden. Die Heranziehung einer weiteren Studie halte ich daher nicht mehr für nötig. Ich habe aber alle Referate aufgefordert, im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses Formulare etc. zu überprüfen. Formulare, die sich an Frauen und Männer wenden, sollten Bezeichnungen enthalten, die auf beide Geschlechter zutreffen. Bei Broschüren und Neuveröffentlichungen sind die Referate gehalten, sich strikt nach den Vorgaben der Allgemeinen Geschäftsanweisung der Landeshauptstadt München (AGAM) zu richten.

Des Weiteren findet das Merkblatt der Bundesstelle für Büroorganisation und Bürotechnik des Bundesverwaltungsamtes zur „Sprachlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern“ in der Stadt Anwendung. Das BBB-Merkblatt enthält Hinweise, Anwendungsmöglichkeiten und Beispiele für die Umsetzung einer verständlichen und bürgerfreundlichen Verwaltungssprache. Die aufgeführten und erläuterten sprachlichen Beispiele lassen sich flexibel und situationsangemessen einsetzen. Es wird u. a. die Gesetzmäßigkeit verschiedener Wort- und Satzbildungen aufgezeigt, um die Bemühungen der Dienstkräfte in der öffentlichen Verwaltung zu unterstüt-

zen, geschlechtergerecht zu formulieren und gleichzeitig gut lesbare und verständliche Texte zu schreiben. Im vorliegenden Merkblatt wird dargestellt, welche Möglichkeiten der Personenbezeichnung die deutsche Sprache bietet, wenn maskuline Personenbezeichnungen als Oberbegriff für männliche und weibliche Personen vermieden werden sollen.

Nicht zielführend war eine Mitgliedschaft der Stadt im Idema-Netzwerk, ein Internet-Dienst für eine moderne Amtssprache. Die Evaluierung der Mitgliedschaft nach einem Jahr hat für die Stadt keinen Nutzen gezeigt, die Ergebnisse insbesondere aus dem Idema-Dialog haben in der Praxis keinen Mehrwert. Der enge Kontakt zu den Referaten während der Evaluierungsphase hat jedoch deutlich gemacht, dass es für alle Referate selbstverständlich ist, die Sprache in formalisierten Schreiben für Bürgerinnen und Bürger verständlich zu halten. Zu diesem Zweck wurden z. B. bei der technischen Umstellung auf Open Office Vorlagen einer inhaltlichen und textlichen Prüfung unterzogen und den vielfältigen Anforderungen angepasst. Einige Referate verfügen über entsprechende Arbeitsgruppen oder Formblattverantwortliche, die laufend die erforderlichen Änderungen sachgerecht in die Vorlagen einarbeiten. Zentral hält die Stadt ein breit gefächertes und ständig den Bedarfen angepasstes Fortbildungsangebot zum Thema „Bürgerfreundliche Kommunikation“ bereit, in dem der Aspekt „Sprachliche Gleichstellung“ berücksichtigt wird. Handlungsbedarf wird auch über regelmäßige Abfragen bei den Adressaten mittels einer Bürgerumfrage durch das Direktorium geprüft.

Sprache ist nicht nur ein wichtiges Verständigungsmittel, sondern gleichzeitig auch Bewusstseinsträger. Dem Wandel des Sprachgebrauchs bei der Verwendung von Personenbezeichnungen trägt die Stadt deshalb aktiv Rechnung. Die Stadt ist bestrebt, die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger durch kundenfreundliche und zielgruppenorientierte Kommunikation in Form eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses aufrecht zu erhalten bzw. weiter zu erhöhen.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 13. Mai 2011

Wie gut funktioniert die Tiefen-Geothermie in der Messestadt Riem?
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Marian Offman (CSU)

Elektronischer Aufenthaltstitel Kosten Nutzen Komplikationen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Resettlementverfahren für Flüchtlinge
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen)

München gut zu Fuß I – Ergänzende Strategie für grüne Mobilität in einer lebenswerten Stadt
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

München gut zu Fuß II – Weitere Schritte mit fußgängerfreundlichen Straßenräumen zu einer lebenswerten Stadt
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

München gut zu Fuß III – Fußgängerfreundliche Querungen für eine lebenswerte Stadt
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Förderung der Integrationskurse nicht kürzen sondern erweitern
Antrag Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Dr. Georg Kronawitter **Marian Offman**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
13.05.11

Wie gut funktioniert die Tiefen-Geothermie in der Messestadt Riem?

Dieser Anfrage liegt folgender Sachverhalt zugrunde:
Bekanntlich wird die Messestadt Riem überwiegend durch ein isoliertes Nahwärmenetz mit Wärme versorgt, die aus ca. 3 km Tiefe geothermisch gewonnen wird. Wie bei allen Geothermie-Anlagen üblich, werden Spitzenlasten oder Anlagenausfälle über eine lokale M-Gas-gestützte Anlage abgefangen. Um aber das heiße Wasser zu nutzen, muss es durch eine mehrstufige Hochleistungsspezialpumpe über 3 km an die Oberfläche gebracht werden. Dies kostet Elektro- und damit Primär-Energie.
Bei diversen Stadtratsvorlagen des RGU zum Energie-Thema (z. B. CO2-Monitoring) hat sich gezeigt, dass die SWM bei den Kenngrößen (z. B. Emissionsfaktor in gCO2/kWh) spezielle SWM-Werte reklamieren und das Standard-Rechenprogramm GEMIS des Umweltinstituts Freiburg für München mit diesen Spezialwerten „gefüttert“ wird.
Allerdings ist nicht klar, wie diese Werte zustanden kommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1) Welche thermische Energiemenge wird im typischen Jahresmittel aus der Tiefengeothermie in der Messestadt gewonnen?

2) Welche externe Energiemenge - insbesondere für den Betrieb der Förderpumpe und aller anderen Aggregate - muss hierfür eingesetzt werden?

3) Welche thermische Energiemenge muss zusätzlich über Gas erzeugt werden?

4) Welche Wärmeenergiemenge kann im Betrachtungszeitraum an die Abnehmer verrechnet werden?

5) Wie errechnet sich aus diesen Angaben 1) bis 4) der spezielle Emissionsfaktor für GEMIS?

gez.
Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

gez.
Marian Offman, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de ; wzim.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 13. Mai 2011

ANTRAG

Elektronischer Aufenthaltstitel
Kosten Nutzen Komplikationen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Dem Kreisverwaltungsausschuss werden schnellstmöglich die Grundlagen des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT), der ab September 2011 vergeben wird, dargelegt. Hierbei ist vor allem darauf einzugehen, wer diesen eAT erhalten muss und wann der vergebene eAT erneuert wird.

2. Das Kreisverwaltungsreferat legt die zu erwartende Mehrarbeit durch den eAT und die zu erwartenden Kostensteigerungen hierdurch dar.

3. Es sind die Auswirkungen für MigrantInnen aus Drittstaaten sowie aus EU-Mitgliedsstaaten darzulegen:

a) Welche Rolle spielt der eAT in Zukunft? Wann ist die Einführung des eAT auch für MigrantInnen aus EU-Mitgliedsstaaten zu erwarten?

b) Gilt der eAT als Ausweisersatz? Trifft es zu, dass jedeR in der Familie einen eAT benötigt?

c) Trifft es zu, dass die Ausstellung eines eAT vermutlich zwei bis drei Monate dauert und bei Ablauf von Aufenthaltstiteln jedes Mal erneuert werden muss?

d) Trifft es zu, dass die Ausstellungsgebühren enorm steigen (für Aufenthaltserlaubnis bis 1 Jahr z.B. € 100,-, Niederlassungserlaubnis € 135,-, Verlängerung von mehr als 3 Monaten € 80,-)?

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel 089 233 92620, Fax 089 233 92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

e) Trifft es zu, dass bei Adressänderungen kein neuer eAT beantragt und ausgestellt werden muss sondern hier analog zum deutschen Personalausweis lediglich Siegel und Aufkleber erneuert werden?

f) Trifft es zu, dass die bisherige Fiktionsbescheinigung abgeschafft werden soll? Welche Möglichkeiten haben MigrantInnen dann nach Ablauf des Aufenthaltstitels bis zum Erhalt des neuen eAT ihren legalen Aufenthalt nachzuweisen?

g) Trifft es zu, dass auch Kinder ab sechs Jahren Fingerabdrücke abgeben müssen?

4. Welcher Sicherheitsgewinn ist durch den eAT zu erwarten? Welche Behörden haben Zugriff auf die im eAT gespeicherten Daten und welche überprüfenden Stellen können die dort gespeicherten Daten lesen?

5. Welche datenschutzrechtlichen Probleme sind zu erwarten? Die auf dem eAT abrufbaren Daten werden auf einen sog. kontaktlosen Chip gespeichert. Wer kann diese Daten lesen? Aus welcher Entfernung sind die Daten lesbar? Wie steht das KVR zu entsprechenden datenschutzrechtlichen Bedenken?

6. Wann wurde der Stadtrat über die anstehenden Umstrukturierungen und Mehrbelastungen informiert?

Begründung:

Ab September 2011 gilt für alle MigrantInnen aus Drittstaaten bundesweit der sogenannten Elektronische Aufenthaltstitel (eAT). Dieser muss verpflichtend eingeführt werden. Es handelt sich um eine elektronische Chipkarte, die dann alle Drittstaatenangehörigen bei Kontrollen mit sich führen müssen. Sie gilt aber offensichtlich nicht als Ausweis- oder Passersatz. Es ist vorgesehen eine Vielzahl von biometrischen Daten auf dieser Chipkarte zu speichern. Jedes Familienmitglied benötigt einen eigenen solchen eAT. Die Kosten sowohl für die Stadt München als auch für die MigrantInnen werden immens sein – der Nutzen hingegen hält sich vermutlich in Grenzen.

Schon jetzt plant die Ausländerbehörde mehrere Stunden pro Familie und offensichtlich 26 neue Stellen ein, um für jedeN einzelneN eine solche Chipkarte auszustellen. Die Auswirkungen im Ausländeramt werden immens sein. Für Drittstaatenangehörige bedeutet der eAT eine neue Stufe der Überwachung (die, um das zu erwähnen, sicher auch den Wunsch der Innenminister steigern wird, eine solche neue Überwachungsstufe auch für Deutsche einzuführen).

Es wird Zeit, dass das KVR schnellstmöglich die Auswirkungen des eAT dem Stadtrat vorlegt.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative: Siegfried Benker, Gülseren Demirel, Dr. Florian Roth
Mitglieder im Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, 13.05.2011

Antrag zur dringlichen Behandlung im Sozialausschuss vom 19.05.2011

Resettlementverfahren für Flüchtlinge

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München fordert den Bund auf, ein Resettlementverfahren für die im Zuge des Libyen-Konflikts in Ägypten und Tunesien gestrandeten Flüchtlinge einzuleiten.

Begründung:
Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Libyen-Konflikts mussten etliche tausende Flüchtlinge aus verschiedenen afrikanischen Krisengebieten ihr Land verlassen und Zuflucht in Ägypten bzw. Tunesien suchen. Da sich diese beiden Länder nach den politischen Umwälzungen der vergangenen Monate selbst noch in einer Übergangsphase befinden, sind die Flüchtlinge dort weder ausreichend sicher noch können sie dort länger bleiben. Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) appelliert daher an die EU-Mitgliedsstaaten, Aufnahmeplätze für diese schutzsuchenden und konkret gefährdeten Menschen zu schaffen.
Die im Zuge eines Resettlementverfahrens von München aufzunehmende Anzahl an Flüchtlinge sollte eine Stadt wie München auch trotz der derzeit hohen Flüchtlingsströme durchaus schultern können, v.a. vor dem Hintergrund, dass sich diese schutzsuchenden Menschen ansonsten über das Mittelmeer auf den Weg machen und bei dem Versuch u.U. ertrinken. Bei entsprechenden Verfahren waren z.B im Jahre 2008 von 2.500 in Deutschland aufgenommenen Irakern lediglich 127 nach München gekommen. Analog waren von 100 in Deutschland aufgenommenen Somaliern 5 nach München gekommen. In beiden Fällen haben Aufnahme und

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel 089 233 92620, Fax 089 233 92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

Integration sehr gut funktioniert, jedem Iraker und jeder Irakerin etwa steht ein Pate bzw. eine Patin zur Seite, es sind Freundschaften entstanden und es stehen nach wie vor viele Freiwillige zur Verfügung, die sich gerne ehrenamtlich in dieser Angelegenheit engagieren wollen.

Fraktion die Grünen - rosa liste

Siegfried Benker
Gülseren Demirel
Jutta Koller

Mitglieder im Stadtrat

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel 089 233 92620, Fax 089 233 92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Antrag

München, den 13.05.2011

München gut zu Fuß I –
Ergänzende Strategie für grüne Mobilität in einer lebenswerten Stadt

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt München entwickelt eine Strategie zur systematischen Förderung des Fußverkehrs.

2. Die Landeshauptstadt München schafft die organisatorischen Voraussetzungen für eine referatsübergreifende Förderung des Fußverkehrs ähnlich wie beim Radverkehr.

3. Die Landeshauptstadt München entwickelt – z.B. nach den Vorbildern Barcelona oder London – ein Leitsystem für den Fußverkehr, das sich im Wesentlichen auf den Bereich innerhalb des Mittleren Rings konzentriert. Dabei wird angestrebt, dass es mit dem Leitsystem für den Radverkehr kompatibel ist. An bedeutenden Plätzen in der Stadt sollen Stadtpläne mit wichtigen Wegeinformationen Fußgänger (und Radfahrer) informieren (Beispiel Legible London).

4. Die Landeshauptstadt München entwickelt touristische Stadtspaziergänge/Routen zu Fuß, die Besuchern und Einheimischen die Sehenswürdigkeiten der Stadt zu Fuß näher bringen.

5. Die Landeshauptstadt zählt regelmäßig Fußgängerinnen und Fußgänger.

6. Die Landeshauptstadt München führt offiziell die Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen als Standard ein.

7. Die Landeshauptstadt München unterzeichnet die internationale Charta für das Gehen.

8. Die Landeshauptstadt München bewirbt sich für die internationale Konferenz zum Fußverkehr und Öffentlichen Raum Walk 21 und geht auf den Freistaat und den Bund zu, um diese als Mitveranstalter zu gewinnen.

9. Die Landeshauptstadt München verstärkt ihr Engagement in der Förderung des Zufußgehens mit den Zielgruppen Neubürger, Betriebe, Senioren, Jugendliche und Kinder.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

10. Die Finanzierung der Maßnahmen zum Fußgängerverkehr erfolgt bis zur Schaffung einer separaten Haushaltsstelle aus den Mitteln des Straßenunterhalts und aus Restmitteln der Radverkehrspauschale.

11. Die Erfolge der Förderung des Fußverkehrs werden regelmäßig evaluiert.

Begründung:

Neben Rad- und Öffentlichem Verkehr ist der Fußverkehr ein – häufig unterschätzter – Bestandteil stadtverträglicher Mobilität. Dabei legen die Münchnerinnen und Münchner 28 % ihrer Wege zu Fuß zurück. Das Zufußgehen ist die Form der Mobilität, die am wenigsten Menschen aufgrund von sozialen/finanziellen oder körperlichen Einschränkungen ausschließt. Nur eine fußgängerfreundliche Stadt ist wirklich eine kinderfreundliche Stadt und wird gleichzeitig dem demographischen Wandel mit der Zunahme von Seniorinnen und Senioren gerecht. Das Zufußgehen belebt die Stadt und ist auf kurzen Strecken geeignet überlastete öffentliche Verkehrsmittel zu entlasten. Im Wettbewerb der europäischen Metropolen nehmen attraktive öffentliche Räume und fußgängerfreundliche Verkehrsplanung einen zunehmend größeren Stellenwert ein. Kopenhagen, Zürich, Barcelona und London sind Vorreiter. Das Zufußgehen ist gesund. Eine halbe Stunde zügiges Gehen am Tag hält – wie das Radfahren – auch weniger Sportliche fit, unterstützt das Wohlbefinden und verlängert das Leben im Mittel um fünf Jahre.

Zu 1: In München fehlt bisher eine systematische Förderung der Mobilität zu Fuß. Als Vorbild könnte beispielsweise die Fußgängerstrategie Berlins dienen, die der Senat mit Hilfe eines Fachbeirates erarbeiten ließ und die demnächst beschlossen werden soll. Die Berliner Strategie enthält u.a.

- die Steigerung der Nutzerzufriedenheit, die über eine Befragung unterschiedlicher Nutzergruppen erfasst werden soll
- die Senkung der Unfallzahlen und
- die Verbesserungen der Barrierefreiheit.

Hierfür soll der Anteil der Ausgaben für den Fußverkehr am Verkehrsetat Berlins schrittweise erhöht und sollen zehn Modellprojekte umgesetzt werden.

Zu 2: Die Förderung des Fußverkehrs ist eine Aufgabe, die in mehreren städtischen Referaten erfolgen muss. Hierfür bedarf es einer referatsübergreifenden Koordination des Referates für Stadtplanung und Bauordnung, des Baureferates, des Kreisverwaltungsreferates sowie für einige Themen auch des Referates für Umwelt und Gesundheit und des Referates für Arbeit und Wirtschaft. Zur Förderung des Radverkehrs wurden entsprechende Gremien geschaffen, die auch für den Fußverkehr sinnvoll wären.

Zu 3: Nahezu alle großen deutschen Städte und auch schon Kleinstädte im Münchner Umland (z.B. Dachau mit sehr ansprechenden Wegweisern) verfügen bereits über ein Leitsystem für den Fußverkehr. Es dient Touristen und Einheimischen gleichermaßen. Ein großer Vorteil ist neben der Richtungsangabe die

Entfernungs- oder, da anschaulicher, eine Zeitangabe, da auch Einheimische überrascht sind, wie nah ein Ziel tatsächlich ist. Es gibt in München bereits mehrere Wegweiser für Fußgänger z.B. zur Theresienwiese und Deutschen Museum etc. Im Museumsquartier wird seit langem ein Leitsystem gefordert. Hier bietet sich die Chance einer einheitlichen stadtbildverträglichen Gestaltung und diese Ziele von vorneherein in ein Konzept mit einzubeziehen. London hat sein Leitsystem u.a. eingeführt, damit Einheimische und Touristen ermutigt werden, zu Fuß zu gehen, anstatt kurze Strecken mit der sowieso überlasten U-Bahn zu fahren. Angesichts der Überlastung der zentralen U-Bahn-Abschnitte ist dies auch für München sinnvoll. Das Londoner System verwendet für das Leitsystem „Legible London“ gut lesbare Stadtpläne auf Stelen in hochwertigen Design, die generell die Orientierung erleichtern und in denen Zeitradien die Entfernungen verdeutlichen. In Teilen könnten die Münchner Ziele für den Fußverkehr, insbesondere außerhalb der Altstadt z.T. deckungsgleich mit den Zielen für den Radverkehr sein. Hier gilt es zu prüfen, inwiefern beide Systeme kompatibel sein können.

Zu 4: Touristen besichtigen die Stadt bereits in großem Maße zu Fuß. Durch die Konzeption von touristischen Stadtspaziergängen wird München noch attraktiver für Besucher. Auch die Einheimischen können damit zu Fuß besser ihre Stadt kennen lernen.

Zu 5: Es gilt das Sprichwort: Nur was man zählen kann, zählt. München zählt regelmäßig den Kfz-Verkehr und seit einigen Jahren auch den Radverkehr. Da der Fußverkehr schwieriger zu fassen ist und in der Regel weniger Probleme bereitet, bleibt er unberücksichtigt. Es gibt inzwischen mehrere Zählgeräte auf dem Markt, mit denen man den Fußverkehr erfassen kann. Diese werden zur Zeit noch häufiger vom Einzelhandel zur Ermittlung der Lauflage für die Kundenfrequenzen eingesetzt als in der kommunalen Verkehrsplanung. Die Geräte sind räumlich verlagerbar, können also beliebig versetzt werden. Um die Bedeutung und die Entwicklung des Fußverkehrs besser einschätzen zu können, wären solche Zählungen von grundlegender Bedeutung, insbesondere an den Aufkommensschwerpunkten. Ein bedeutendes Feld außerhalb des eigentlichen Verkehrsthemas wären z.B. die Fußgängerfrequenzen auf Gehsteigen und die Rückschlüsse auf vorhandene und zukünftige Freischankflächen. Ab gewissen Frequenzen ist der Standardwert von 1,60 m für den verbleibenden Gehsteig nicht mehr ausreichend.

Zu 6: Die FGSV (Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen) hat im Jahr 2002 die Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen (kurz EFA) veröffentlicht. In ihr werden die wichtigen Planungsparameter für einen komfortablen und sicheren Fußverkehr dargelegt. Mit der offiziellen Einführung der EFA erhalten die Anforderungen des Fußverkehrs im Konfliktfall mehr Gewicht. München hat bereits das Pendant der FGSV für den Radverkehr, die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen offiziell eingeführt.

Zu 7: Die Charta für das Gehen wurde bereits von bedeutenden Städten wie London, Kopenhagen, Barcelona und New York unterzeichnet. Sie spricht sich aus „für die

Schaffung von gesunden, leistungsfähigen und nachhaltigen Städten und Dörfern, in denen Menschen gerne zu Fuß gehen.“ Im Kerntext steht:

„Wir, die Unterzeichnenden, anerkennen den hohen Wert des Gehens als einen Schlüsselindikator für gesunde, leistungsfähige, sozial einbeziehende und nachhaltige Städte und Dörfer. Sich überall und jederzeit zu Fuß sicher und in qualitativ hoch stehenden öffentlichen Räumen bewegen zu können, anerkennen wir als allgemeines Menschenrecht.“

Das achtseitige Dokument kann unter den folgenden Webadressen eingesehen und heruntergeladen werden:

www.walk21.com/charter/documents/internat.pdf

www.fuss-ev.de/Europaeische-Fussverkehrs-Politik/InternationaleCharta-fuer-das-Gehen.html

Zu 8: Die internationale Tagung Walk 21 hat bereits in namhaften Städten wie London, Kopenhagen, Barcelona und New York stattgefunden. Zum einen ist München mit seinen öffentlichen Räumen und seinen städtischen Parks ein würdiger Austragungsort und kann zum anderen wertvolle Impulse von der internationalen Fachöffentlichkeit erhalten. Es ist ein vergleichbarer Wissenstransfer wie bei der Velocity-Tagung zu erwarten. Viele Themen betreffen nicht nur die Stadt München sondern z.B: die Oberste Baubehörde, das Bundesverkehrsministerium und das Umweltbundesamt, die als Mitveranstalter gewonnen werden sollten.

Zu 9: Im Rahmen des Mobilitätsmanagements gehen die Münchner Verkehrsgesellschaft und die Landeshauptstadt München bereits auf spezielle Zielgruppen wie Betriebe (betriebliches Mobilitätsmanagement), Kinder (Aktion „Zu Fuß zur Schule“ und Walking Bus“, Jugendliche (Mobi Race), Senioren (Seniorenstadtplan), Neubürger (Neubürgerpaket) und Betriebe (betriebliches Mobilitätsmanagement) zu. Diese erfolgreichen Aktivitäten fördern bereits stadtverträgliche Mobilität und sollen weitergeführt und ggf. hinsichtlich des Zufußgehens vertieft werden.

Zu 10. Die Radverkehrspauschale könnte zu einer Nahmobilitätspauschale erweitert werden. In naher Zukunft fallen noch keine sehr hohen Kosten an.

Zu 11: Die Evaluierung dient dem effizienten Einsatz der Mittel.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Mitglieder im Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Antrag

München, den 13.05.2011

München gut zu Fuß II –
Weitere Schritte mit fußgängerfreundlichen Straßenräumen zu einer lebenswerten Stadt

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt München weitet die Fußgängerzone in der Innenstadt aus und gestaltet sehr wenig befahrene Altstadtstraßen als Mischflächen mit deutlich reduzierter Geschwindigkeit (Fuß-, Rad- und Kfz-Verkehr auf gleicher Fläche).

2. Die Landeshauptstadt München führt insbesondere in den Innenstadtrandgebieten Projekte zur Förderung der Nahmobilität durch.

3. Die Landeshauptstadt München gestaltet im Rahmen eines Pilotprojektes ein Neubaugebiet optimal für die Nahmobilität und möglichst autofrei.

4. Die Landeshauptstadt München fördert ihre Stadtteil- und Quartierszentren mit Hilfe eines fußgängerfreundlichen Umfeldes.

5. Die Landeshauptstadt München und die MVG überprüfen sukzessive zusammen mit den Bezirksausschüssen und interessierten Bürgern die Zugänge zu den Haltestellen des Öffentlichen Verkehrs und entwickeln/beheben sukzessive die Mängel bei unattraktiven Zugängen/Querungen.

6. Die Landeshauptsstadt München verbessert beengte Seitenräume mit höherem Fußgängeraufkommen indem der Radverkehr vermehrt auf Rad- und Angebotsstreifen geführt wird und der Gehsteig seine frühere Breite wieder erhält.

Begründung:

Neben Rad- und Öffentlichem Verkehr ist der Fußverkehr ein – häufig unterschätzter – Bestandteil stadtverträglicher Mobilität. Dabei legen die Münchnerinnen und Münchner 28 % ihrer Wege zu Fuß zurück. Das Zufußgehen ist die Form der Mobilität, die am wenigsten Menschen aufgrund von sozialen/finanziellen oder körperlichen Einschränkungen ausschließt. Nur eine fußgängerfreundliche Stadt ist wirklich eine kinderfreundliche Stadt und wird gleichzeitig dem demographischen Wandel mit der Zunahme von Seniorinnen und Senioren gerecht. Das Zufußgehen belebt die Stadt und ist auf kurzen Strecken geeignet überlastete öffentliche Verkehrsmittel zu entlasten. Im Wettbewerb der europäischen Metropolen nehmen attraktive öffentliche Räume und fußgängerfreundliche Verkehrsplanung einen zunehmend größeren Stellenwert ein. Kopenhagen, Zürich, Barcelona und London sind Vorreiter. Das Zufußgehen ist gesund. Eine halbe Stunde zügiges Gehen am Tag hält – wie das Radfahren – auch weniger Sportliche fit, unterstützt das Wohlbefinden und verlängert das Leben im Mittel um fünf Jahre.

Zu 1: München braucht in der Innenstadt mehr Fußgängerzonen, am besten in Form eines weitgehenden flächendeckenden Netzes, um die Fußgängerströme zu entzerren. Als nächste Schritte bieten an die Sendlinger Straße, die Residenz-/ Dienerstraße (Residenzstraße südlich des Max-Josephs-Platzes) und nach dem Umbau des Altstadtringtunnels die Brienner Straße zwischen Salvatorplatz und Odeonsplatz an (letztere beide Vorschläge mit Zulassung des Radverkehrs). Die Ausweisung von Mischflächen und die entsprechende Gestaltung der Straßenräume in wenig befahrenen Altstadtstraßen hat den Vorteil, dass den Fußgängern in der Regel mehr Fläche zur Verfügung steht als auf den häufig sehr schmalen Gehsteigen.

Zu 2: Nahmobilitätsprojekte nach dem Vorbild des Stadtviertelkonzepts Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt fördern gleichzeitig den Fuß- und Radverkehr sowie den Zugang zum Öffentlichen Verkehr unter Beteiligung der Bürger. Die Stadt München hat für das genannte Pilotprojekt bereits mehrere Auszeichnungen erhalten (u.a. den Deutschen Verkehrsplanungspreis) und europaweit Interesse erweckt. Es sollte in verschlankter Form auf weitere Innenstadtrandgebiete übertragen werden, da dort der größte Effekt erzielt werden kann..

Zu 3: Gerade in einem Neubaugebiet können die räumliche Anordnung der Nutzungen, die Mischung der Funktionen und die Belange des Fuß- und Radverkehrs optimal berücksichtigt werden. Hier ist besonders die Umfeldsensibilität der Fußgänger von Bedeutung, die entsprechend abwechslungsreiche Straßenräume und Fassaden erfordert. Optimal für die Nahmobilität wäre ein weitgehend autofreies Quartier.

Zu 4: Die im Zentrenkonzept der LH München definierten Stadtteil- und Quartierszentren dienen in großem Maße der Nahversorgung. Diese Funktion soll durch die fußgängerfreundliche Gestaltung des nahen Umfeldes gemäß der Zielsetzung des Verkehrsentwicklungsplans (Plan 7) gestärkt werden.

Zu 5: Der weitaus größte Teil der Fahrgäste im Öffentlichen Verkehr gelangt zu Fuß zur Haltestelle bzw. zur S- oder U-Bahn-Station. Nicht alle Zugänge, insbesondere diejenigen aus früheren Jahren stammenden Zugänge sind optimal. In

Zusammenarbeit mit Bezirksauschüssen und interessierten Bürgern können hier Haltestellen mit unbefriedigenden Zugängen identifiziert und ggf. sofort oder im Rahmen eines anstehenden Straßenumbaus verbessert werden.

Zu 6: In vielen Straßenräumen wurden schmale Radwege neben schmalen Gehwegen abmarkiert oder baulich angelegt. Fußgänger haben dann nur noch wenig Platz. Der Komfort wird durch zügig fahrende Radfahrer eingeschränkt. Sofern möglich und machbar sind die zügig fahrenden Radfahrer auf der Fahrbahn – bei Bedarf geschützt durch Rad- oder Schutzstreifen – besser aufgehoben und kommen dort auch besser voran. Auf diese Weise kann mit einer Maßnahme sowohl die Situation für den Fuß—als auch für den Radverkehr verbessert werden.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger

Mitglieder im Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Antrag

München, den 13.05.2011

München gut zu Fuß III –
Fußgängerfreundliche Querungen für eine lebenswerte Stadt

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Wenn an Kreuzungen Lichtsignalanlagen erforderlich sind, werden zukünftig an alle Zu- und Abfahrten Querungen für Fußgänger vorgesehen. Ausnahmen hiervon können nur vom Stadtrat genehmigt werden.

2. Neue zu errichtende Bedarfsampeln für Fußgänger, die durch Knopfdruck aktiviert werden müssen, und nicht Teil einer grünen Welle sind, schalten maximal binnen 5-10 Sekunden für Fußgänger auf grün. Dies gilt auch für den Austausch von Altgeräten.

3. Das Kreisverwaltungsreferat berichtet über die Modellversuche zum ausgeweiteten Einsatzbereich von Zebrastreifen in Berlin und Köln und überprüft inwiefern ein Abbau von Ampeln zugunsten von Zebrastreifen und eine Abkehr der restriktiven Haltung gegenüber Zebrastreifen in München möglich ist.

4. Die Landeshauptstadt München setzt in größerem Maße als bisher auf Mittelinseln als Querungshilfe.

5. Die Landeshauptstadt München setzt vermehrt auf flächenhafte Geschwindigkeitsdämpfung z.B. mit einem Verkehrsberuhigter Geschäftsbereich und mit Shared-Space-Lösungen.

6. Die Landeshauptstadt München intensiviert den Bau von Gehwegnasen/vorgezogenen Gehsteigen.

Begründung:

Neben Rad- und Öffentlichem Verkehr ist der Fußverkehr ein – häufig unterschätzter – Bestandteil stadtverträglicher Mobilität. Dabei legen die Münchnerinnen und Münchner 28 % ihrer Wege zu Fuß zurück.. Das Zufußgehen ist die Form der Mobilität, die am wenigsten Menschen aufgrund von sozialen/finanziellen oder körperlichen Einschränkungen ausschließt. Nur eine fußgängerfreundliche Stadt ist wirklich eine kinderfreundliche Stadt und wird gleichzeitig dem demographischen Wandel mit der Zunahme von Seniorinnen und Senioren gerecht. Das Zufußgehen belebt die Stadt und ist auf kurzen Strecken geeignet überlastete öffentliche Verkehrsmittel zu entlasten. Im Wettbewerb der europäischen Metropolen nehmen attraktive öffentliche Räume und fußgängerfreundliche Verkehrsplanung einen zunehmend größeren Stellenwert ein. Kopenhagen, Zürich, Barcelona und London sind Vorreiter. Das Zufußgehen ist gesund. Eine halbe Stunde zügiges Gehen am Tag hält – wie das Radfahren – auch weniger Sportliche fit, unterstützt das Wohlbefinden und verlängert das Leben im Mittel um fünf Jahre.

Zu 1: Ein wesentliches Komfortmerkmal ist die Möglichkeit an vierarmigen Kreuzungen alle Zu- und Abfahrten queren zu können. Negativbeispiele sind hier z.B. die Kreuzungen am Kapuzinerplatz und die Kreuzung Lindwurm-/Pocci-/ Ruppertstraße. Hier müssen die Fußgänger häufig drei Straßen queren, bevor sie zum Ziel kommen (z.B. am Kapuzinerplatz vom Arbeitsamt zur Bushaltestelle) und müssen entsprechende Zeitverluste infolge der Wartezeiten hinnehmen. In einigen Fällen werden die hoch belasteten Straßen unter Inkaufnahme der Sicherheitsrisiken auch ungesichert gequert. Insbesondere bei Kreuzungen innerhalb des Mittleren Rings mit großen Fußgängerströmen sollte die Leistungsfähigkeit für den Kfz-Verkehr gegenüber der Sicherheit für den Fußverkehr zurückstehen. Zudem eröffnen sich angesichts des Rückgangs des Kfz-Verkehrs innerhalb des Mittleren Rings neue Spielräume für mehr Komfort für Fußgängerinnen und Fußgänger.

Zu 2: An vielen Bedarfsampeln, die sich auf Knopfdruck einschalten, werden den Fußgängern lange Wartezeiten zugemutet. Es gibt aber auch Beispiele, die in sehr kurzer Zeit dem Fußgänger grün geben. diese finden auch eine weitaus höhere Akzeptanz.

Zu 3: Der Zebrastreifen ist der rote Teppich für den Fußgänger mit Vorteilen für ihn und den Kfz-Lenker. Beide Seiten haben geringere Wartezeiten. Der Zebrastreifen kommt dem Gedanken von Shared Space entgegen, der den einzelnen Verkehrsteilnehmern mehr Verantwortung überlässt. Mehrere Untersuchungen zeigen, dass Zebrastreifen, wenn sie übersichtlich, gut gestaltet und beleuchtet sind und ggf. mit einer Mittelinsel kombiniert werden, nicht weniger sicher sind, als Fußgängerampeln. Auch Kindern ist es leichter zu vermitteln, dass sie am Zebrastreifen ein Zeichen geben sollen, als dass sie eine Minute an einer roten Ampel warten sollen, bei der kein Kfz vorbeikommt. In der Bundesrepublik Deutschland wurden die ersten zwölf Zebrastreifen in der Stadt München am 8. Juli 1952 angelegt, obwohl sie erst 1953 in die Straßenverkehrsordnung aufgenommen wurden. Mit seiner eher restriktiven Haltung wird das Kreisverwaltungsreferat diesem Erbe kaum gerecht, während andere Städte breites die Renaissance des Zebrastreifens einläuten. So hat Berlin seit dem Jahr 2001 200 neue Zebrastreifen errichtet. Köln möchte mit dem Abbau von Ampeln Kosten sparen und die Ampeln durch Zebrastreifen ersetzen. 300 Ampeln sollen abgebaut werden, 80 sind

umgesetzt. Die Erfahrungen sind positiv. Beide Städte haben die restriktiven Einsatzgrenzen erweitert. Berlin hat als Bundesland hier die Möglichkeit die starren Bundesvorgaben auszuweiten. Köln hat sein Vorgehen als Pilotprojekt deklariert. Ein Bericht über die Erfahrungen in diesen beiden Städten ist für den Stadtrat interessant. Vielleicht kann auch in München nach Wegen gesucht werden eine Renaissance des Zebrastreifens einzuleiten.

Zu 4: Mittelinseln erleichtern die Querung, weil zunächst die eine und dann die andere Fahrtrichtung gequert werden kann. Davon profitieren in besonderen Maße alle schwächeren Verkehrsteilnehmer. Außerdem sind Mittelinseln ein gutes Mittel um überhöhte Geschwindigkeiten zu reduzieren.

Zu 5: Geschwindigkeitsreduzierungen im Kfz-Verkehr in Tempo-30-Zonen und in einem verkehrsberuhigtem Geschäftsbereich erleichtern flächenhaft die Querung, weil die Geschwindigkeiten besser eingeschätzt werden können.

Zu 6: Vorgezogene Gehsteige verkürzen die Querungswege und sind in der Regel nicht um die Ecke verparkt. Sie erleichtern nicht nur ganz ganz entschieden mobilitätseingeschränkten Personen die Querung sondern erhöhen den Komfort für alle Fußgänger.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger

Mitglieder im Stadtrat

Johann Altmann – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Johann Altmann

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Mobil: +40 (0) 160 / 721 40 35
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: johann.altmann@muenchen.de
Büro-Mail: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 12. Mai 2011

A N T R A G

Förderung der Integrationskurse nicht kürzen sondern erweitern

Seit April 2010 wurden durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Rahmenbedingungen geändert , die nun zu einschneidenden Konsequenzen in der Qualität und Nachhaltigkeit führen.

Der Stadtrat der LH München fordert deshalb Herrn Oberbürgermeister Christian Ude in seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Städtetages auf, sich für nachfolgende Änderungen einzusetzen:

1. Die Kürzung der Förderung bei den Alphabetisierungskursen zurückzunehmen und diese Förderungsfähigkeit ggf. zu erhöhen.
2. Aufhebung der regionalen Quotierungsbeschränkungen beim Kurszugang von freiwilligen Teilnehmerinnen und Teilnehmern.
3. Aufhebung des Genehmigungsvorbehaltes bei Teilzeitkursen unter 15 Unterrichts-einheiten.

Begründung:

Zu 1.: Es wird für diese Kurse eine höhere Teilnehmerzahl verlangt, die Mittel aber gekürzt. Vor allem aber aus pädagogischer Sicht ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Arbeit durch die geforderte Erhöhung der Mindestteilnehmerzahl erheblich gefährdet.

Zu 2.: Vielen freiwilligen integrationswilligen Migrantinnen und Migranten bleibt dadurch der Zugang zu diesen Kursen verwehrt. Die zur Verfügung stehenden freifinanzierten Plätze sind jedoch für die Mehrzahl dieses Personenkreises nicht finanzierbar.

...

Zu 3.: Die dadurch verpflichtende Erhöhung der Wochenstundenanzahl in Teilzeitkursen entspricht sehr häufig nicht den Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Zielgruppe. Gerade Alleinerziehende, berufstätige und lernschwache Teilnehmende benötigen zielgruppenspezifische Kurse, die nun in dieser Form nur noch in Ausnahmefällen aufrechterhalten bzw. angeboten werden können.

Ziel aller politischen Ebenen muss es sein, die Rahmenbedingungen und somit auch die Chancengleichheit der betroffenen Migrantinnen und Migranten weiter zu verbessern, damit die Vermittlung der deutschen Sprache aber auch die Kenntnisse über das Rechts- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich durchlaufen werden kann.

gez.

Johann Altmann
ehrenamtlicher Stadtrat

Johann Altmann, ehrenamtlicher Stadtrat ● Anschrift: 80331 München ● Rathaus, Marienplatz 8